

# E 7-NR/XXI. GP

## EntschlieÙung

des Nationalrates vom 21. März 2000

### betreffend Universitätsorganisationsreform

Der Bundesminister für Wissenschaft und Verkehr wird ersucht, die entsprechenden gesetzlichen Maßnahmen in Richtung einer Ausweitung der Universitätsorganisationsreform unter Einbeziehung u.a. nachstehender Forderungen zu schaffen:

- Weiterentwicklung der Universitätsreform zu voller Rechtsfähigkeit
- Schaffung von Globalbudgets für Universitäten zur selbstverantwortlichen Gestaltung
- Modernes leistungsorientiertes Dienstrecht mit der Möglichkeit zwischen Universität und Privatwirtschaft zu wechseln und der Förderung beruflicher Mobilität
- Verbesserung der Chancen junger Akademiker, in wissenschaftliche Karrieren einzusteigen
- Verwaltungsvereinfachung und Entbürokratisierung des Universitätswesens mit dem Ziel, daß Verwaltungswege für Studierende in kürzester Zeit abgeschlossen sind
- Strukturreform und Effizienzsteigerung zur Verkürzung der Studiendauer durch Reformen des Studienangebotes und Wissensvermittlung mit modernen Technologien, Verbesserung der Binnenorganisation der Universitäten.
- Verpflichtende regelmäßige Evaluierung mit Konsequenzen zur Verbesserung von Lehre und Forschung Schwerpunktsetzung der Universitäten über die derzeitigen Institutionengrenzen hinaus
- Schaffung privat finanzierter Fachhochschulstudiengänge
- Schaffung von Voraussetzungen, daß bis 2005 ein Drittel der Studienanfänger an Fachhochschulen studieren können (Fachhochschulentwicklungsplan II) etc..